

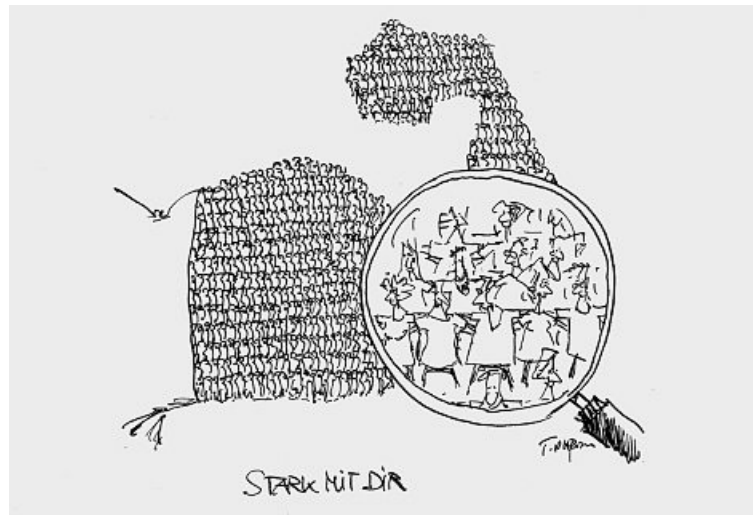
ver.di wird „Stark mit Dir“

MITGLIEDERWERBUNG – Kampagne startet am 1. April – Ziel: Mehr Durchsetzungsmacht

Je mehr Mitglieder ver.di hat, desto mehr Gestaltungs- und Durchsetzungsmacht gewinnt die Gewerkschaft. „Die Geschichte hat es vorgemacht“, argumentiert Hans-Dieter Schmitz, der seit 1966 dabei ist. Die Gewerkschaft habe seither schon Vieles im öffentlichen Dienst erkämpft. Doch etlichen Beschäftigten sei heute gar nicht mehr bewusst, wie sie bis heute davon profitieren. „Deshalb argumentiere ich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und mache deutlich: Das fällt nicht vom Himmel.“

ZUSÄTZLICHE ANREIZE

Um Werberinnen und Werbern zusätzliche Anreize für die Mitgliederwerbung zu bieten, startet ver.di am 1. April die Kampagne „ver.di – Stark mit Dir“. Sie soll Mitglieder



dazu anregen, neue Mitglieder zu werben. Und wer das bis zum 31. Juli macht, wird mit zusätzlichen Prämien und Preisen belohnt (siehe Kasten).

Potenzial an Interessierten, die aber sagen, sie seien einfach noch nie angesprochen worden, ist reichlich vorhanden. Das haben Umfragen ergeben. Um sie jetzt zu überzeugen, bietet ver.di eine Fülle von guten Argumenten. Und wen könnte man besser motivieren, andere zu überzeugen, als bereits Überzeugte?

Karin Eckstein freut sich auf die Kampagne. Bisher hat sie eine Prämie von 15 Euro für ein neu geworbenes Mitglied bekommen. Die wird weiter gezahlt, im Aktionszeitraum und darüber hinaus. Nur die zusätzlich ausgelobten Preise und Prämien sind auf den

Aktionszeitraum beschränkt – als zusätzliche Motivation.

Wer in dieser Zeit eintritt oder Mitglieder wirbt, kann mit etwas Glück noch mehr gewinnen. Jedes neu gewonnene Mitglied spielt ein Los in die Glückstrommel ein. Und auch die neuen Mitglieder bekommen je ein Los. Die zehn Werberinnen, die im Aktionszeitraum die meisten neuen Mitglieder überzeugt haben, werden im September zum ver.di-Bundeskongress nach Leipzig eingeladen und vom ver.di-Vorsitzenden und der Vorsitzenden des ver.di-Gewerkschaftsrats geehrt.

„Sogar jetzt nach meiner Reha hat sich ver.di bei mir gemeldet und angeboten, mir zu helfen“, freut sich Adelheid B. „Ich fühle mich gut bei ver.di aufgehoben, und das sage ich auch als Werbeargument.“

Marion Lühring

AM 22. MÄRZ...

...war Weltwassertag. Die Vereinten Nationen machen seit 1993 mit diesem Tag deutlich, wie wichtig Wasser für Menschen, Tiere und Pflanzen ist. Längst haben weltweit agierende Konzerne entdeckt, dass sie mit Wasser hohe Gewinne erzielen können. Wasser ist für sie eine Ware. Deswegen hatten der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und die europäische Bewegung „right2water“ am 23. März mit einer Aktion auf den mangelnden Fortschritt beim Recht auf Wasser hingewiesen. Immerhin hatten vor zwei Jahren knapp zwei Millionen Menschen europaweit dafür unterschrieben. Doch auf die in der Folge versprochenen Vorschläge der Europäischen Kommission warten sie jedoch noch immer. Da heißt es, aufmerksam zu bleiben. Damit Wasser keine Ware wird. *hla*

Die Werbe-Aktion

Jedes in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Juli 2015 neu geworbene Mitglied bringt dem Werber, der Werberin ein Los. Zu gewinnen gibt es Reisegutscheine (je 1000 Euro), Büchergutscheine (40 Euro, 20 Euro) und Kinogutscheine (25 Euro). Neumitglieder nehmen ebenfalls an der Verlosung der Sachprämien teil. Wer drei oder mehr Mitglieder wirbt, bekommt Extra-Prämien. Die zehn erfolgreichsten Werber/-innen werden zum ver.di-Bundeskongress nach Leipzig eingeladen. www.starkmitdir.verdi.de

Einheit

„Schafft die Einheit!“

Wilhelm Leuschner, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), am Vorabend seiner Hinrichtung 1944

TARIFEINHEIT

Weiter im Schweinsgalopp
 Lufthansa fordert „Nachbesserungen“

SEITE 2

GRIECHEN

Ein angekündigtes Desaster
 Einkommen privater Haushalte drastisch eingebrochen

SEITE 3

ÖD

Jetzt noch mehr Warnstreiks
 Auch die dritte Runde blieb ohne Ergebnis

SEITE 4

AKTION

Nachts ist Pflege gefährlich
 ver.di prüft Arbeitsbedingungen in der Pflege

SEITE 5

ORGAWAHLEN

109 von 110 Stimmen
 Konferenzen der Landesbezirke bereiten ver.di-Bundeskongress vor

SEITE 6

BESCHLUSS

Noch eine Chance für Hörste
 Schicksal der ver.di-Bildungsstätte hängt am seidenen Faden

SEITE 7

Nur Deutschland kann den Euro retten

(hla) Der Zorn der Griechen richtet sich auch gegen die Deutschen. Sie werden zum Feindbild für das von den Folgen gravierender Sparmaßnahmen gebeutelte Volk. Zu Recht? Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas sagen, dass die Deutschen mit Sparpolitik und Lohnkürzungen, die – auch auf deutsches Betreiben hin – den Krisenländern aufgebürdet wurden, die Idee eines gemeinsamen europäischen Projekts gefährden. Deswegen sehen sie gerade Deutschland in der Pflicht, hier umzusteuern, um den Euro und auch die europäische Idee zu retten. Dazu analysieren die Autoren die Krisenpolitik der vergangenen Jahre und ihre Auswirkungen auf den europäischen Zusammenhalt. Ein Schwerpunkt der Betrachtungen liegt dabei auf Griechenland, hier zeigen sie auch einen alternativen Weg auf.

HEINER FLASSBECK,
COSTAS LAPAVITSAS:
NUR DEUTSCHLAND KANN DEN EURO RETTEN.
DER LETZTE AKT BEGINNT,
MIT EINER VORBEMERKUNG
VON OSKAR LAFONTAINE,
EINEM VORWORT VON PAUL
MASON UND EINEM NACH-
WORT VON ALBERTO GAR-
ZÓN ESPINOZA, WESTEND-
VERLAG, FRANKFURT/MAIN,
185 SEITEN, 14,99 EURO,
ISBN 978-3864890963

Weiter im Schweinsgalopp

TARIFEINHEIT – Lufthansa fordert „Nachbesserungen“ im laufenden Gesetzgebungsverfahren

(hem/kik/dpa) Nachdem der Bundestag in 1. Lesung über das umstrittene Gesetz zur Erzwingung der Tarifeinheit im Betrieb beraten und den Regierungsentwurf in die zuständigen Ausschüsse überwiesen hat, geht das Gesetzgebungsverfahren im Schweinsgalopp weiter. Dem Vernehmen nach ist für den 4. Mai 2015 eine Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales geplant, für den 21. oder 22. Mai dann die 2. und 3. Lesung (und damit die endgültige Beschlussfassung) im Bundestag und für den 12. Juni oder 10. Juli die abschließende Behandlung des Gesetzes im Bundesrat.

Während der 1. Lesung im Bundestag am 5. März stellten Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, SPD, und Sprecher der Regierungsfractionen von Union und SPD einem anderslautenden Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags zum Trotz in Abrede, dass das Gesetz die Verfassung überhaupt berühre. „Mancher“, so Nahles, habe nun „Sorge, es würden Rechte der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften beschnitten. Mancher hofft auch

– heimlich oder öffentlich –, es würden Streiks kleiner Gewerkschaften verboten, weil sie den Bahn- oder Flugverkehr stören oder die Gesundheitsversorgung treffen. Fakt ist: All das tut dieses Gesetz nicht.“ Die Linke im Bundestag forderte die Regierung hingegen auf, ihre Pläne fallenzulassen. Ihr Sprecher Klaus Ernst: „Der geplante Verfassungsverstoß lässt sich nicht mehr schönreden.“

ZWANGSSCHLICHTUNG UND ANKÜNDIGUNGSFRISTEN?

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bekräftigte im März bei der nordrhein-westfälischen ver.di-Landeskonferenz in Oberhausen, das geplante Gesetz zur Tarifeinheit sei ein „indirekter Eingriff in das Streikrecht, den wir nicht hinnehmen werden“. CDU und CSU planten bereits eine weitere Aushöhlung des Streikrechts. Bsirske nannte konkrete Pläne der bayerischen Landesregierung, die weitreichende Behinderungen wie eine Zwangsschlichtung und eine Ankündigungsfrist von Streiks vier

Tage im Voraus vorsehen (NEWS berichtetete).

Auf derlei Schikanen läuft auch die Forderung der Lufthansa AG hinaus, das Gesetz zur Tarifeinheit „nachzubessern“. Unter Hinweis auf mehr als 40 Arbeitskämpfe im deutschen Luftverkehr seit dem Jahre 2008 schlägt Lufthansa-Personalvorstand Bettina Volkens „für die kritische Verkehrsinfrastruktur“ erneut Sonderregeln vor.

Dem Aufruf der DGB-Gewerkschaften ver.di, NGG und GEW unter der Überschrift „Tarifeinheit: ja - Eingriff ins Streikrecht: nein“, der sich gegen eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit wendet, haben sich bis zum 23. März 2015 mehr als 73 000 Unterstützer/innen angeschlossen. Er steht im Internet weiter zur Unterzeichnung bereit. Unter dem Link (und im Download-Bereich der Internet-Version von „ver.di NEWS“) findet sich zum Herunterladen und Ausdrucken auch das Formular einer Unterschriftenliste zum Ausfüllen auf Papier.

www.verdi.de/themen/geldtarif/tarifeinheit

DI E P R E S S E - S H O W

Wenn in diesen Tagen bei den zwielichtigen Protestveranstaltungen gegen die vermeintliche „Islamisierung des Abendlands“ in Dresden und anderswo über die „Lügenpresse“ oder die „Systemmedien“ lamentiert wird, dann kommt das von ganz rechts außen. Schon die Original-Nazis und ihr „Führer“ haben damals den Begriff „Lügenpresse“ benutzt und die ihnen verhassten demokratischen Strukturen und Institutionen der Weimarer Republik als „das System“ bezeichnet. Demokratische Parteien waren für die Nazis „Systemparteien“, und sie hetzten gegen „Systempolitiker“, „Systembeamte“ und eben die „Systempresse“ oder auch – weil griffiger und populärer – die „Lügenpresse“.

Einen Volltreffer hat deshalb die zuständige Jury gelandet, als sie diesen Ausdruck zum „Unwort des Jahres 2014“ ernannte und ihre Wahl genau damit begründete, „Lügenpresse“ habe den Nazis „zur pauschalen Dif-

famierung unabhängiger Medien“ gedient: „Gerade die Tatsache, dass diese sprachgeschichtliche Aufladung des Ausdrucks einem Großteil derjenigen, die ihn seit dem letzten Jahr als ‚besorgte Bürger‘ skandieren und auf Transparenten tragen, nicht bewusst sein dürfte, macht ihn zu einem besonders perfiden Mittel derjenigen, die ihn gezielt einsetzen“, heißt es in der Begründung der „Unwort“-Jury.

ZENTRALORGAN DER „BESORGTEN BÜRGER“

„Bild“ lügt“ lautete schon die Parole einer Protestbewegung, die – aus der entgegengesetzten Richtung – in den 1970er Jahren nach Günter Wallraffs Enthüllungen („Der Mann, der bei ‚Bild‘ Hans Esser war“) die Methoden der Springer-Presse anprangerte. Aber „Bild“ & Co. sind nicht gemeint, wenn heute in Dresden und anderswo „besorgte“ Bürgerinnen

und Bürger „Lügenpresse“ schreien. „Bild“ ist nämlich ihr Zentralorgan – zum Beispiel, wenn es darum geht, jahrelang eine regelrechte rassistische Hetzkampagne gegen Griechenland und „die Griechen“ zu betreiben.

Schon 2012 hieß es in „Bild“: „Schmeißt die Griechen endlich aus dem Euro!“ Höhepunkt im Februar 2015 nun: drei volle Seiten mit „Selfies“ von Leuten, die sich mit einem überdimensionierten „Nein“ fotografiert hatten: „Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen!“ Und am 23. März 2015 schließlich zynisch, verlogen und schmierig: „Willkommen in Deutschland, Herr Tsipras!“ – die obere Hälfte der Titelseite auf Deutsch, die untere Hälfte in Griechisch: weil der Linksradikale vom Balkan vermutlich nicht mal unsere ordentlichen deutschen Buchstaben lesen kann. Ist doch Balkan, oder? Oder die „Wiege des Abendlands“? Na, is ja auch egal.

Henrik Müller

Ein angekündigtes Desaster

GRIECHENLAND – Die Einkommen der privaten Haushalte sind drastisch eingebrochen.

(pm) Der von der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank verordnete Sparkurs hat in Griechenland die Einkommen der privaten Haushalte drastisch einbrechen lassen. Die Folge: Die Armut steigt. Eine Studie der griechischen Wissenschaftler Tassos Giannitsis und Stavros Zografakis im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat ergeben, dass die nominalen Bruttoeinkommen der griechischen Privathaushalte von 2008 bis 2012 um ein knappes Viertel gesunken sind.

Nach Ansicht der beiden Wissenschaftler ist das „weit umfassender“, als es nötig gewesen wäre, „um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu stärken“, heißt es in einer Pressemitteilung der HBS. Betroffen von Kürzungen, Steuererhöhungen und der Wirtschaftskrise seien zwar alle sozialen Schichten, aber besonders stark habe es die niedrigen und mittleren Einkommen getroffen. Der wissenschaftliche Direktor des IMK,

Gustav Horn, sprach in diesem Zusammenhang von einem „angekündigten Desaster“. Horn weiter: „Die nüchternen Zahlen zeigen, wie Millionen Menschen in Griechenland durch eine überharte und sozial völlig unausgewogene Austeritätspolitik wirtschaftlich abgestürzt sind.“

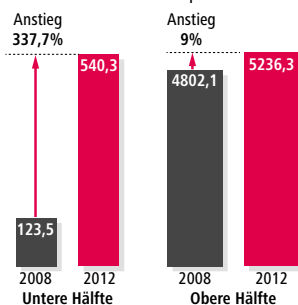
Die größte Reichweite in der griechischen Bevölkerung hatten Lohn-

kürzungen – u. a. deshalb, weil der Mindestlohn gesenkt und Tarifvertragsstrukturen geschwächt wurden. In der Privatwirtschaft sanken in die Einkommen innerhalb von fünf Jahren um rund 19 Prozent, Beschäftigte in öffentlichen Unternehmen verloren sogar ein Viertel ihres Entgelts.

Hinzu kamen zahlreiche Entlassungen und Unternehmensschließungen, die die Einkommen von Angestellten und Selbstständigen drückten. Die Arbeitslosigkeit sprang von 7,3 Prozent im II. Quartal 2008 auf 26,6 Prozent im IV. Quartal 2014. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren lag sie im vergangenen Jahr bei 44 Prozent. Weitere negative Auswirkungen insbesondere auf die niedrigen Einkommen hatten stark erhöhte Steuern. Im Durchschnitt gingen die jährlichen Einkommen der griechischen Haushalte vor Steuern von rund 23100 Euro im Jahr 2008 zurück auf knapp 17900 Euro im Jahr 2012. Das entspricht einem Verlust um knapp 23 Prozent. Die ärmsten Haushalte verloren relativ am stärksten.

Entwicklung der Steuerbelastung niedriger und hoher Einkommen in Griechenland 2008-2012

Durchschnittliche Steuerlast pro Haushalt in Euro



QUELLE: TASSOS GIANNITSIS, STAVROS ZOGRAFAKIS: GREECE: SOLIDARITY AND ADJUSTMENT IN TIMES OF CRISIS, STUDIE IM AUFTRAG DES INSTITUTS FÜR MAKROÖKONOMIE UND KONJUNKTURFORSCHUNG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN VON
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Eine plumpe Forderung

Einfach sparen, sparen, sparen sollen die Griechen. Diese Meinung ist in Deutschland weit verbreitet. Viele Medien, insbesondere die besonders großen Buchstaben der „Bild“-Zeitung, haben dazu beigetragen, dass sich hierzulande das Bild von einem in Saus und Braus lebenden Volk festgesetzt hat. Und wenn sich alle Griechen ein bisschen einschränken, dann brummt der Laden bestimmt wieder... Eine jüngst vorgelegte und von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützte Studie trägt dazu bei, mit diesem vorurteilsgeprägten Bild aufzuräumen. Wachsende Steuerbelastung und gravierende Einkommenseinbußen sind Alltag in Griechenland, insbesondere für die Bezieher/innen niedriger Einkommen. Letztere sind vor Steuern in den vergangenen Jahren um 23 Prozent gesunken. Da kann die plumpe Forderung nach Sparen, Sparen, Sparen keine Lösung sein. Denn wo nichts mehr ist, da ist auch nichts mehr zu sparen.

Gebot der Fairness und Gerechtigkeit

EQUAL PAY DAY – ver.di fordert mehr Transparenz beim Gehaltsgefüge in Unternehmen

(pm) Zum Equal Pay Day fordert ver.di mehr Transparenz beim Gehaltsgefüge in Unternehmen und ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz. Mit dem Tag wird daran erinnert, dass die durchschnittliche Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen 22 Prozent beträgt. Im euro-

päischen Vergleich hat Deutschland damit eine der größten Lücken. Transparenz in Entlohnungsstrukturen sei notwendig, damit sich Beschäftigte und betriebliche Interessenvertretungen gegen Entgeltungleichheit und diskriminierende Bezahlungsstrukturen wehren können, betont

ver.di-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Dazu brauche man ein Entgeltgleichheitsgesetz, das aus ver.di-Sicht verbindliche Vorschriften für die Datenerhebung und ein Recht der Beschäftigten auf Zugang zu den entsprechenden Informationen festschreiben muss.

Einheitsgewerkschaft als Kernmarke des DGB

GESCHICHTE – Vor 70 Jahren wurde der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ gegründet

(pm) Am 18. März 1945 wurde in Aachen der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) gegründet. Darin spiegeln sich die Erfahrungen mit einer in Richtungsgewerkschaften gespaltenen, untereinander konkurrierenden Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik wider. Daraus hatten Gewerkschafter/innen aller weltanschaulichen Richtungen gelernt, dass nur die einheitlich organisier-

te Gewerkschaftsbewegung ein Grundpfeiler für eine soziale und demokratische Gesellschaftsordnung sein kann. „Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist die Kernmarke des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, sagte dessen Vorsitzender Reiner Hoffmann anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung. Allerdings ließen die westlichen Alliierten anfangs nur die Gründung von Industriegewerk-

schaften zu, so dass sich der FDGB in den westlichen Besatzungszonen nicht etablieren konnte. „Wir sehen uns neben der Tarifautonomie und der Mitbestimmung weiterhin dem Grundsatz ‚Ein Betrieb – eine Gewerkschaft‘ verpflichtet“, so Hoffmann weiter. Die Einheitsgewerkschaft leiste einen wichtigen Beitrag zu einem fairen, weltweiten und sozialen Ausgleich. Der sei heutzutage wichtiger denn je.

B U C H T I P P

**Faktor Arbeit
in der DDR**

(GL) Wie beeinflusste die IT-Entwicklung die Produktivkräfte in der DDR? Warum brachte der technische Innovationsschub der Werktätigen keine Besserung des Lebensstandards? Diesen und anderen Fragen geht Peter Hübner, einst wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in Berlin/DDR, in einer breit angelegten Analyse nach. Er skizziert die Debatten in den Führungszirkeln der SED über Rahmenbedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der DDR und das Beharren auf Planbarkeit und Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse. Hübners detailreiche Analyse zeichnet ein präzises Bild der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse und ihrer Konsequenzen für die Werktätigen. Dabei legt er einen Schwerpunkt auf die technische Modernisierung der Betriebe, die oft halbherzig blieb oder wegen anderer Prioritäten gänzlich unterblieb. Ergänzt wird das Buch mit einem lesenswerten Essay von Ilko-Sascha Kowalczyk über die Arbeiterschaft in der DDR in der Vor- und Nachwendzeit.

PETER HÜBNER: **ARBEIT, ARBEITER UND TECHNIK IN DER DDR, 1971 BIS 1989, ZWISCHEN FORDISMUS UND DIGITALER REVOLUTION**, VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF., BONN, 744 SEITEN, 78 EURO, ISBN 978-3801250379

Jetzt noch mehr Warnstreiks

ÖFFENTLICHER DIENST – Auch die dritte Runde für die Länderbeschäftigten ohne Ergebnis

(cvz) Für den 24. bis 26. März, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „ver.di news“, hat ver.di zu weiteren Warnstreiks aufgerufen. „Jetzt müssen die Beschäftigten noch einmal ein kräftiges Signal setzen, was ihnen eine spürbare Lohnerhöhung und die Sicherung ihrer betrieblichen Altersversorgung wert sind“, hatte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am 17. März in Potsdam nach der dritten Verhandlungsrunde für die 800 000 Länderbeschäftigten erklärt. Nachdem die Arbeitgeber noch immer kein Lohnangebot vorgelegt

und stattdessen weiterhin einen Systemwechsel und damit Leistungskürzungen bei den Betriebsrenten verlangt hatten, waren auch diese Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ohne Ergebnis geblieben. ver.di erkennt einen Handlungsbedarf bei der Zusatzversorgung, lehnt Eingriffe in das Leistungsrecht jedoch ab. Die TdL hat auch zu den übrigen Forderungen der Gewerkschaften – zum Beispiel zur Übernahme der Auszubildenden, dem Ausschluss sach-

grundloser Befristungen und dem Nachtarbeitszuschlag für Krankenhausbeschäftigte – kein Angebot vorgelegt. Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde für den 28. und 29. März in Potsdam vereinbart. Vor der dritten Verhandlungsrunde hatten sich bundesweit mehr als 100 000 Beschäftigte an Warnstreiks beteiligt. So demonstrierten 10 000 Angestellte aus allen Bereichen der Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt in Magdeburg, mehr als 17 000 Beschäftigte in Berlin und 20 000 in Düsseldorf.

Nachzahlungen in fünfstelliger Höhe erstritten

BAG-URTEIL – Tochterfirma der Stadt Münster muss arbeitsvertragliche Zusagen erfüllen

(fbi) Nach jahrelangem Rechtsstreit haben sich jetzt mehrere Arbeitnehmer der „Halle Münsterland“ vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt gegen ihren Arbeitgeber durchsetzen können. Der hatte sich geweigert, tarifliche Lohnerhöhungen zu zahlen, wie sie in den Arbeitsverträgen vereinbart waren – nämlich „in Anlehnung an den Bundesangestellten-Tarif“ (BAT), den heutigen TVÖD.

Dagegen hatten die Beschäftigten, fast alle bei ver.di organisiert und teils auch im Betriebsrat aktiv, für die Jahre 2007 bis 2010 erfolg-

reich geklagt, erst vor dem Arbeitsgericht Münster, dann vor dem Landesarbeitsgericht Hamm. Der Arbeitgeber, eine 100prozentige Tochter der Stadt Münster, war dagegen immer wieder in Berufung bzw. Revision gegangen.

Nach dem höchstrichterlichen Spruch aus Erfurt werden nun je nach Eingruppierung des einzelnen Arbeitnehmers Gehaltsnachzahlungen in fünfstelliger Höhe fällig. „Nach zwei Urteilen des Arbeitsgerichts Münster und des Landesarbeitsgerichts Hamm war der Weg nach Erfurt eigentlich überflüssig

und einfach nur teuer“, so der Kommentar eines der betroffenen Kollegen. „Dieses Geld, im Endeffekt Steuergeld, hätte sinnvoller eingesetzt werden können. Ich hoffe, dass nach diesem Urteil ein Schlussstrich gezogen wird und die Vereinbarungen in den Arbeitsverträgen nun eingehalten werden.“

Die Verfahren, die jetzt in Erfurt entschieden worden sind, betreffen nur die Jahre bis 2010. Für die Zeit danach laufen bereits neue Prozesse vor der Arbeitsgerichtsbarkeit in Münster und Hamm.

Aktenzeichen: 5 AZR 481/13 ff.

T A R I F L I C H E S

EINZELHANDEL – (pm) Für die anstehende Tarifrunde im Einzelhandel haben die ersten regionalen ver.di-Tarifkommissionen ihre Forderungen aufgestellt. In Baden-Württemberg sowie für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben deren Mitglieder beschlossen, dass die Löhne und Gehälter um mindestens einen Euro pro Stunde steigen sollen. In anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, NRW, Mecklenburg-Vorpommern steht eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5,5 Prozent im Mittelpunkt – verbunden mit einer Forderung nach unterschiedlich hohen Mindesteinkommen. In Hessen verhandelt

ver.di erstmals am 23. März (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „ver.di news“) mit den Arbeitgebern.

LAND HESSEN – (pm) Der Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde für die 45 000 Tarifbeschäftigten des Landes Hessen blieb Anfang März ohne Ergebnis, Mitte April soll weiter verhandelt werden. ver.di fordert eine Erhöhung der Entgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro im Monat. Für Auszubildende geht es um 100 Euro mehr im Monat und eine verbindliche Übernahmeregelung. Die hessische Landesregierung will die betriebliche Altersversorgung für die hessischen Landesbeschäftigten ent-

sprechend einer eventuellen Neuregelung für die anderen Bundesländer verändern. Einen Eingriff in das Leistungsrecht lehnt ver.di aber ab. Deswegen kam es Mitte März bereits zu ersten Warnstreiks.

OSTDEUTSCHE ENERGIEWIRTSCHAFT – (pm) ver.di fordert für die 19 000 Beschäftigten der ostdeutschen Energiewirtschaft im AVEU (Arbeitgeberverband Energie- und Versorgungswirtschaftlicher Unternehmen) eine Einkommenserhöhung um 5,6 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 50 Euro monatlich steigen. Die erste Verhandlungsrunde ist für den 13. April in Halle/Saale geplant.

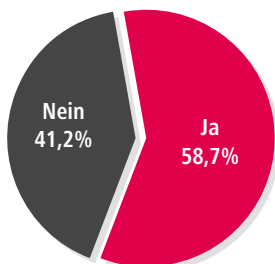
Nachts ist Pflege gefährlich

AKTION – ver.di „checkt“ die Arbeitsbedingungen von 2983 Klinik-Beschäftigten

(bela) Im Rahmen einer bundesweiten Aktion unter dem Motto „Nacht-dienst-Check“ haben haupt- und ehrenamtliche Vertreter/innen der

Gefährliche Situationen

Kam es in den vergangenen vier Wochen zu einer gefährlichen Situation auf der Station, die durch mehr Personal hätte verhindert werden können?



QUELLE: VER.DI-NACHTDIENSTCHECK 2015. BEFRAGT WURDEN BESCHÄFTIGTE VON 2803 BEREICHEN IN 237 KRANKENHÄUSERN BUNDESWEIT.

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in der der Nacht vom 5. zum 6. März insgesamt 27 Krankenhäuser in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dabei gab es 338 Befragungen auf Pflege- und Intensivstationen, in Labors, Röntgen- und Transportabteilungen.

VER.DI KÜMMERT SICH

Meistens wurden die Gewerkschafter/innen begeistert empfangen: „Toll, dass ver.di zu uns kommt und

sich um unsere Belange kümmert“, so der Tenor auch im Klinikum Chemnitz, dem viertgrößten kommunalen Krankenhaus Deutschlands. Die ver.di-Betriebsgruppe hatte die „Nacht-dienst-Check“-Aktion gut vorbereitet. So konnten insgesamt zehn Aktive alle Stationen der Klinik an ihren drei Standorten besuchen.

Landesfachbereichsleiterin Gisela Mendewar war mit auf Tour: „Wir haben live erlebt, was unsere spätere Auswertung mit konkreten Zahlen bestätigt: Nachts ist meistens eine einzige Pflegekraft für eine ganze Station zuständig – das macht die Pflege gefährlich, zum Beispiel wenn die Kollegin auf der Nachbarstation wegen eines Notfalls Hilfe benötigt.“ Im Durchschnitt kommen in der Region 24 Patienten auf eine Pflegekraft im Nachtdienst.

AUFGABEN HABEN SICH VERÄNDERT

Bei den Besuchen wurde auch klar, dass sich die Arbeitsaufgaben dramatisch verändert haben: Vieles, was wegen des allgemeinen Personalmangels tagsüber nicht geschafft wird, muss nachts erledigt werden, z.B. Blutabnahmen, Wechsel von Fusionen, Umbettung. Dazu kommen Patient/innen mit Krankheitsbildern, z.B. Demenz, die eine er-

höhte Betreuungsintensität erfordern.

Ein der Bundesregierung vorliegendes Eckpunktepapier sieht erst für 2017 eine finanzielle Aufstockung des Pflegeförderprogramms vor. Völlig unklar ist zudem, ob es überhaupt Verbesserungen bei der Personalbemessung geben wird und, wenn ja, wie und wie zielgenau sie sein werden. Der ver.di-Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen will nicht abwarten, sondern mitreden: Im Rahmen einer Krankenhausstagung am 1. Juni 2015 in Leipzig sollen die dringend notwendigen Änderungen in der Gesetzgebung mit Politikern und Akteuren im Gesundheitssystem diskutiert werden.

Beim bundesweiten ver.di-„Nacht-dienst-Check“ am 5./6. März wurden insgesamt 2983 Beschäftigte in Krankenhäusern befragt, rund zwei Drittel von ihnen auf Pflegestationen. Rund 60 Prozent der Befragungen fanden in Einrichtungen öffentlicher, 20 Prozent in Häusern privater Träger statt; der Rest verteilt sich auf freie, kirchliche und sonstige Krankenhausbetreiber. Die Kernfragen bezogen sich auf die personelle Situation im Nachtdienst, Gefahrenpotenziale, die Möglichkeit von Pausen und die ordnungsgemäße Desinfektion.



GISELA MENDE LEITET IM VER.DI-LANDESBEZIRK SACHSEN, SACHSEN-ANHALT, THÜRINGEN DEN FACHBEREICH GESUNDHEIT

K O M M E N T A R

Gesetzliche Standards unabdingbar

Der Nachtdienst ist das Brennglas, das die Misere in der Pflege überdeutlich macht. Bei uns schrillen alle Alarmglocken, wenn wir hören, dass nachts eine Pflegekraft für bis zu 40 Patientinnen und Patienten verantwortlich ist, dass die meisten Beschäftigten im Nachtdienst keine ungestörte Pause haben und mehr als die Hälfte der Befragten schon einmal gefährliche Situationen erlebt hat, weil sie ganz allein zurechtkommen mussten. Wie dringend der Handlungsbedarf ist, zeigt uns auch die spontane Bereitschaft, sich an den Befragungen zu beteiligen. Die meisten Pflegekräfte sind überfordert, leben im Dauerstress. Das hat teilweise verheerende Auswirkungen auf die Patientenversorgung, erhöht die Risiken für Kranke und Pflegekräfte. Seit Jahren wird der Wettbewerb der Krankenhäuser auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Das muss ein Ende haben! Wir brauchen gesetzliche Mindeststandards für die Personalbemessung in Krankenhäusern. Dafür kämpfen wir.

Zum Ausgleich Arbeitszeitverkürzung gefordert

DEUTSCHE POST AG – ver.di reagiert auf Vertragsbruch durch den Arbeitgeber

(pm) Im Tarifkonflikt mit der Deutschen Post AG (DPAG) fordert die ver.di-Tarifkommission Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Die 140 000 Tarifbeschäftigten des Unternehmens sollen wöchentlich statt 38,5 Stunden nur noch 36 Stunden arbeiten. Damit reagiert ver.di auf die Flucht der DPAG aus dem Haustarifvertrag und den Bruch des Vertrages zum Schutz vor Fremdvergabe in der Zustellung. Die Verhandlungen zur Arbeitszeit wurden am 19. März aufgenommen.

„Die Beschäftigten der Deutschen Post AG haben für den Schutz vor Fremdvergabe einen Preis gezahlt. Der Vorstand zieht mit dem Bruch

des Vertrages den Beschäftigten den Boden unter den Füßen weg und stellt die Tarifpartnerschaft mit ver.di in Frage“, erläuterte ver.di-Vize Andrea Kocsis. Mit der Tarifforderung reagiere ver.di auf den Vertragsbruch.

DPAG FLÜCHTET

Der bestehende Vertrag zum Schutz vor Fremdvergabe lege fest, dass die DPAG bei der Zustellung von Briefen und Paketen maximal 990 Paketzustellbezirke an konzerninterne oder externe Unternehmen vergeben dürfe. Mit dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes für die Paketzustellung durch die neu-

gegründeten 49 Regionalgesellschaften flüchte die DPAG aus dem Haustarifvertrag und breche so den Vertrag mit ver.di.

VER.DI KLAGT

Parallel zu der tarifpolitischen Forderungsbereite ver.di, so Kocsis, eine Klage gegen den Vertragsbruch vor. Bereits Mitte Februar hatte ver.di die tarifvertraglichen Regelungen zur Arbeitszeit mit Wirkung zum 31. März 2015 gekündigt. Außerdem hat die zuständige Tarifkommission die Entgelttabellen für die rund 140 000 Tarifkräfte und 3000 Auszubildenden des Unternehmens zum 31. Mai 2015 gekündigt.



Olivier Greie
neuer Vorsitzender

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen – (red.) Der ver.di-Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen hat einen neuen Leiter. In einer Kampfabstimmung setzte sich der bisherige Tarifkoordinator Oliver Greie gegen Amtsinhaber Thomas Voß durch. Die Stellvertreterinnen Sabine Lange und Kerstin Raue wurden in ihren Ämtern bestätigt. „Ich habe mich zur Wahl gestellt, um unseren Landesbezirk mit neuen Ideen, großem Ehrgeiz und dem festen Vorsatz, die Interessen noch besser zu vertreten, voranzubringen“, sagte Greie. An der Spitze des ehrenamtlichen Landesbezirksvorstands bleibt Simona König, Personalratsvorsitzende bei der Stadtverwaltung Halle/Saale. In den Beschlüssen sprachen sich die Delegierten der Konferenz dafür aus, die Ortsvereinsarbeit zu stärken. Mehrere Beschlüsse stärken auch die Arbeit gegen Neonazis und setzen sich kritisch mit den verschiedenen -gida-Bewegungen auseinander. Zudem soll die Schülerbeförderung in den drei Bundesländern kostenlos werden, außerdem machen sich die Delegierten für ein Bildungsfreistellungs-gesetz auch in Sachsen stark.

109 von 110 Stimmen

KONFERENZEN – Vorbereitung für den ver.di-Bundeskongress auf Landesebene

Rheinland-Pfalz-Saarland – (red.) Vor einem Jahr hatten sich die ver.di-Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saar zusammengeschlossen, bei einer Konferenz in Frankenthal wurde jetzt eine neue Landesleitung gewählt. An ihrer Spitze steht Michael Blug. 109 der 110 Delegierten stimmten für den 53jährigen, der bislang den Fachbereich Ver- und Entsorgung in beiden Landesbezirken und den Fachbereich Bund/Länder im Saarland geleitet hat. Die bisherigen Landeschefs Uwe Clement und Alfred Staudt waren nicht mehr angetreten. Als Blugs Stellvertreterinnen wurden Christine Gothe im Amt bestätigt und die bisherige Geschäftsführerin des Bezirks Rhein-Nahe-Hunsrück, Brigitte Jakob, neu gewählt. Der ehrenamtliche Landesbezirksvorstand konstituiert sich erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „ver.di news“. Der Konferenz lagen insgesamt 114 Anträge vor. Die Delegierten sprachen sich einmütig gegen das geplante Gesetz zur Tarifeinheit aus. Die Saarländische Landesregierung wird aufgefordert, für den Erhalt der Saarbrücker Universität zu sorgen und den eingeleiteten Stellenabbau zu stoppen. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen im Teilzeit- und Befristungsgesetz wird abgelehnt, und eine Eingrenzung der Sachgründe wird gefordert.

Niedersachsen-Bremen – (red.) Im ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen bleibt das Führungstrio unverändert. Für Landesleiter Detlef Athing stimmten 88,7 Prozent der Delegierten, auch seine beiden Stellvertreterinnen Sonja Brüggemeier und Susanne Kremer bekamen eine hohe Zustimmung. Neue Vorsitzende des ehrenamtlichen 40köpfigen ver.di-Landesbezirksvorstands ist Renate Sindt. Die Betriebsratsvorsitzende im Klinikum Bremerhaven tritt die Nachfolge von Jürgen Hohmann an. Die 130 Delegierten stimmten bei der Konferenz in Bremen außerdem über 140 Anträge ab. Schwerpunkte waren die Themen Dienstleistungspolitik, gute Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. Die Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen wurden von ver.di aufgefordert, auf weitere Privatisie-

rungen öffentlicher Dienste und auf Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft zu verzichten bzw. sie wieder rückgängig zu machen. Sie sollen außerdem Initiativen zur Kontrolle der Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns entwickeln und verstärkt Aktivitäten zur Förderung frühkindlicher Bildung und Erziehung ergreifen.

Nord – (red.) Karin Hesse steht weiter als Landesleiterin an der Spitze des ver.di-Landesbezirks Nord. 90 Prozent der Delegierten stimmten bei der Landesbezirkskonferenz in Lübeck-Travemünde für sie. Ihre Stellvertreterin ist weiterhin Cornelia Töpfer, Michael Rüter ist neu im Führungstrio. Er hat bislang im Landesbezirk den Fachbereich Sozialversicherung geleitet und behält dieses Amt auch weiter. Ehrenamt-

Hessen – (red.) Der Landesbezirksleiter von ver.di Hessen, Jürgen Bothner, geht in seine vierte Amtszeit. Bei der Landesbezirkskonferenz wurde er mit 89 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Auch seine beiden Stellvertreterinnen Cornelia Kröll und Sibylle Lust wurden in ihren Ämtern bestätigt. Ehrenamtliche Vorsitzende bleibt Ellen Mauerer vom Fachbereich Besondere Dienstleistungen. Am zweiten Kongresstag berieten die Delegierten in Seeheim-Jugendheim 264 Anträge. Sie beauftragten Landesleitung und Vorstand, gemeinsam mit den Fachbereichen und Bezirken eine Bildungskonzeption für Vertrauensleute zu erarbeiten. Im kommenden Jahr soll es ein Angebot von Bildungsmaßnahmen zum Aufbau und zur Unterstützung betrieblicher Strukturen geben. Außerdem sprachen sich die Delegierten zwar dafür aus, die Mitgliederwerbung zu stärken, die vom Bundesvorstand geplante Straßenwerbung wurde jedoch abgelehnt. Das dafür vorgesehen Geld solle lieber in die Unterstützung und Schulung von Haupt- und Ehrenamtlichen zur Mitgliederwerbung sowie in die Mitgliederbetreuung vor Ort gesteckt werden.

Berlin-Brandenburg – (red.) Susanne Stumpfenhusen bleibt Leiterin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Sie hat dieses Amt seit ver.di Gründung inne. Ihr Stellvertreter Roland Tremper wurde ebenfalls für eine weitere Wahlperiode bestätigt. Neu in der Funktion einer stellvertretenden Landesleiterin ist Gabi Lips, vormals stellvertretende Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Berlin. Ihre Amtsvorgängerin Astrid Westhoff kandidierte nicht mehr. Sie ist für ver.di Berlin-Brandenburg aber weiterhin als Tarifkoordinatorin tätig. An der Spitze des ehrenamtlichen Landesbezirksvorstands steht jetzt Stefan Gretsch. Der bisherige Amtsinhaber Rolf Wiegand hatte nicht wieder kandidiert, bleibt aber Mitglied des Präsidiums. Die rund 200 Delegierten und Gäste berieten bei der Konferenz in Berlin anschließend über zahlreiche Anträge aus allen Bereichen der Gewerkschaft.

Organisationswahlen

Vom 20. bis zum 26. September tagt in Leipzig der 4. ordentliche ver.di-Bundeskongress. Nachdem auf Ortsvereins- und Bezirksebene schon Konferenzen und Versammlungen stattgefunden haben, tagen jetzt die Landesbezirke, Bundesfachbereiche sowie die Frauen und Gruppen auf Bundesebene. Themen wie TTIP, Tarifeinheit und Veränderungen in der Arbeitswelt stehen bei Anträgen fast aller Konferenzen im Mittelpunkt. „ver.di news“ nennt eher einige der Anträge, die sich auf die Arbeit vor Ort beziehen.

liche Landesbezirksvorsitzende bleibt Birgit Wanke. In der Antragsberatung lehnten die Delegierten die im vergangenen Herbst gegründete Pflegekammer Schleswig-Holstein ab. Sie kritisierten die Zwangsmitgliedschaft für die in Heilberufen Tätigen und sprachen vom einem Zwangsbeitrag. Außerdem ging es in zahlreichen Anträgen um sozialpolitische Themen.

Noch eine Chance für Hörste

GEWERKSCHAFTSRAT – *Schicksal der ver.di-Bildungsstätte hängt am seidenen Faden*

(hla) Eine Brandschutzübung brachte 2014 im ver.di-Bildungszentrum in Lage-Hörste (Teutoburger Wald) eine unangenehme Überraschung ans Licht: Der Brandschutz reicht nicht aus. Mit einigen Sofortmaßnahmen konnte der Seminarbetrieb bis Ende 2015 gesichert werden. Doch dann wurde festgestellt, dass in dem Haus ursprünglich auch Asbest verbaut wurde. Entdeckt wurden überdies bis dahin nicht bekannte Schächte in den Wänden, die den Brandschutz erschweren.

Um das Heinrich-Hansen-Haus, so der traditionelle Name der Bildungsstätte, weiter als „Institut für Bildung, Medien und Kunst“ betreiben zu können, müsste ver.di allein in den Brandschutz drei Millionen Euro investieren. Dina Bösch, im ver.di-Bundesvorstand für die Bildungsarbeit zuständig, sprach bei der Tagung des Gewerkschaftsrats Mitte März von weiteren 1,5 Millionen Euro für notwendige Sanierungsarbeiten. Viel Geld, denn der Etat, der jährlich für Investitionen in allen zehn ver.di-eigenen Bildungszentren zur Verfügung steht, liegt bei zwei Millionen Euro. Deswegen hatte der ver.di-Bundes-

vorstand Ende Februar die Schließung des Hauses zum 31. Dezember 2015 vorgeschlagen.

Der Gewerkschaftsrat, das höchste ver.di-Gremium zwischen den Bundeskongressen, machte sich seine Zustimmung zu der Schlie-

Sonderkonto

Der in Gründung befindliche Verein „Freunde und Förderer der Bildungsstätte Lage-Hörste“ sammelt Geld, um damit die im Gewerkschaftsratsbeschluss mindestens geforderte Summe von 1,5 Millionen Euro zu den Sanierungskosten beisteuern zu können. Eingezahlt werden kann das Geld auf das Konto mit der IBAN DE65 4765 0130 1010 0457 12. Sollte die Aktion erfolglos bleiben, werden eingegangene Spenden abzüglich von Bankgebühren wieder zurücküberwiesen.
<http://freunde-des-imk.mainis-web.de>
www.imk.verdi.de

ßung nicht leicht. Vier Stunden lang diskutierten seine Mitglieder, sprachen auch mit Beschäftigten des Hauses und ver.di-Vertreter/innen aus der Region, die eigens zu der Sitzung nach Berlin gereist wa-

ren. Am Ende stimmte jedoch auch der Gewerkschaftsrat mehrheitlich zu – auch in der Meinung, dass die durch die Schließung von Hörste entstehenden Lücken in anderen ver.di-Bildungszentren aufgefangen werden können. Zum Beispiel in der nur 15 Kilometer entfernten Bildungsstätte „Buntes Haus“ im Bielefelder Stadtteil Sennestadt. Derzeit sind weder Lage-Hörste noch das Bunte Haus ausgelastet. In Sennestadt soll auch ein Teil der bislang 25 Beschäftigten aus Lage-Hörste eine neue Stelle finden.

SCHLIESSUNG ABWENDEN

In seinem Beschluss hat der Gewerkschaftsrat aber eine Möglichkeit offen gelassen, um die Schließung doch noch abzuwenden: Werden die Ausgaben für bereits beschlossene Sanierungen in Lage-Hörste oder für einen bei der Schließung fälligen Sozialplan gegengerechnet, bleibt noch eine Finanzierungslücke von 1,5 bis 2 Millionen Euro. Legen die Verantwortlichen bis zur nächsten Tagung des Gewerkschaftsrats im Mai ein Finanzierungskonzept für diese Summe vor, bleibt die Bildungsstätte erhalten.



JOSEF PEITZ LEITET DAS VER.DI-INSTITUT FÜR BILDUNG, MEDIEN UND KUNST (IMK) IN LAGE-HÖRSTE

INTERVIEW

Zuversicht in Lage-Hörste

Wie ist die Stimmung im Haus nach dem GR-Beschluss?

Der Arbeitskreis der Freunde und Förderer des IMK hat verschiedene Maßnahmen festgelegt, wie wir die Summe aufbringen könnten. Zwei Tage später haben wir das Konzept den Kolleg/innen vorgestellt. Die waren sich sicher, dass wir das packen, und haben gefragt, was sie selbst beitragen können. Eine spontane Idee war, das Haus sonntags für Kaffeenachmittage zu öffnen. Der Erlös geht zu Gunsten unserer Sammlung.

Bekommt ihr auch regionale Unterstützung?

Bei uns tagen viele Parteien und Verbände aus der Region. Sie machen uns Hilfsangebote und geben uns Tipps. Viele Menschen fragen nach, wie sie uns helfen können. Wie wichtig unser Haus ist, zeigt sich auch daran, dass Lieferanten und Handwerker uns Hilfe anbieten. Die Resonanz ist gut, aber wir wissen auch, dass sie nicht endlos ist. Bis zum 5. Mai wollen wir unser Konzept für eine Million Euro plus X beim Gewerkschaftsrat einreichen. Wir sind zuversichtlich, dass wir die Summe schaffen können.

Interessante Perspektive für junge Leute

EINARBEITUNG - *ver.di stellt neue Jugendsekretär/innen ein*

(red.) Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft stellt zum 1. September 2015 wieder Jugendsekretär/innen zur Einarbeitung ein. Sie werden 18 Monate lang ausgebildet mit der Aussicht, nach erfolgreichem Abschluss der Einarbeitung unbefristet als angestellt zu werden. Die Einarbeitung ist möglich in den ver.di-Landesbezirken Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen-Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen sowie Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und in der Berliner ver.di-Bundeszentrale. Bewerber/innen können zwei der genannten Organisationseinheiten als Wunsch angeben.

Zu den Aufgaben der neuen Jugendsekretär/innen zählt das gesamte Spektrum der gewerkschaftlichen Jugendarbeit: betriebliche

Interessenvertretungen unterstützen, neue Mitglieder gewinnen und aktivieren, gewerkschaftliche Jugendstrukturen aufbauen und betreuen, jugendspezifische Projekte und Kampagnen organisieren und tarifpolitische Arbeit leisten.

SELBSTSTÄNDIG UND LERNBEREIT

Zu den Anforderungen, die ver.di an die Bewerber/innen stellt, zählen u. a. eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium, mindestens drei Jahre Arbeitserfahrung und Erfahrungen in betrieblicher Interessenvertretung. Interessent/innen sollten seit mindestens zwei Jahren Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sein, Interesse an gewerkschaftspolitischen Aufgaben haben, selbstständig, offen und lernbereit

sein sowie über ausgeprägte kommunikative und soziale Kompetenzen verfügen. Neben sicheren Deutsch- und guten Englischkenntnissen sind weitere Fremdsprachen willkommen. Die Bewerber/innen sollten sicher im Umgang mit MS-Office-Anwendungen sein und vom Alter her Zugang zu, aber auch Akzeptanz bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern haben. Interesse an der Nutzung und Gestaltung von Internetanwendungen ist von Vorteil.

Bewerbungen müssen – möglichst digital – bis zum 8. April 2015 vorliegen bei der ver.di-Bundesverwaltung, Ressort 6, Strategische Personalentwicklung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10112 Berlin, strategischePE@verdi.de. Fragen rund um die Ausschreibung beantwortet Regina Zimmerling, Telefon 030/6956-1514.



Unsere falschen Freunde

B U C H T I P P – TTIP ist für Franz Kotteder Teil der Umsetzung einer neoliberalen Agenda

FRANZ KOTTEDER:

DER GROSSE AUSVERKAUF. WIE DIE IDEOLOGIE DES FREIEN HANDELS UNSERE DEMOKRATIE GEFÄHRDET, LUDWIG-VERLAG, MÜNCHEN, 208 SEITEN, 14,99 EURO, ISBN 978-345328064

ver.di news

ERSCHEINT 14-TÄGLICH

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGS-
GEWERKSCHAFT VER.DI,
FRANK BSIRSKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG
(VERANTWORTLICH), HENRIK MÜLLER

LAYOUT: UWE JUNK

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: THOMAS PLASSMANN

DRUCK: ALPHA PRINT MEDIEN AG,
DARMSTADT

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10,

10179 BERLIN,

TEL.: 030/69 561069,

FAX: 030/69 563012

VERDI-NEWS@VERDI.DE

WWW.VERDI-NEWS.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 05

ERSCHEINT AM 18. APRIL 2015

www.verdi.de

Dummheit

„Dumme Menschen sind oft zu Dingen fähig, die kluge nicht mal in Erwägung ziehen würden.“

Der am 12. März 2015 verstorbene Schriftsteller Terry Pratchett in seinem 1996 erschienen Roman „Hohle Köpfe“

Die Befürworter einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, versprechen sich – und uns – eine Menge von diesem Abkommen, über das die EU und die USA seit zwei Jahren hinter verschlossenen Türen verhandeln. Von Wachstum und vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen ist die Rede – aber mittlerweile stellt sich heraus, dass einige der Befürworter auch mit nachweislich falsch interpretierten Zahlen argumentieren. „Falsche Freunde“ nennt der Journalist Frank Kotteder die Befürworter. Für ihn gaukeln sie uns nur etwas vor.

Er hält TTIP für einen Versuch von Lobbyisten und Wirtschaftsvertretern, einen sogenannten freien Markt ohne jede staatliche Regulierung zu schaffen, sieht darin eine Gefahr für unsere Demokratie und belegt seine Befürchtungen in dem jüngst erschienenen Buch „Der große Ausverkauf“.

Das bei den TTIP-Verhandlungen entstehende Regelwerk soll „vor al-

lem der Wirtschaft dienen – und zwar noch weit mehr, als man das von einem Handelsabkommen vernünftigerweise erwarten dürfte“. Der Autor sieht in TTIP einen „Teil eines Geflechts von Verträgen, die alle ein und dasselbe Ziel verfolgen: die Umsetzung einer neoliberalen Agenda, welche die Wirtschaft weltweit von allen Schikanen befreien will, die sich Regierungen so einfallen lassen, um Unternehmen vom ungestörten Handel abzuhalten“.

Für diese Äußerungen liefert Kotteder nachvollziehbare Belege. Der Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ hat auf verschiedenen Themengebieten recherchiert und kommt zu dem Schluss, dass angesichts des bereits vorhandenen Handelsvolumens zwischen der EU und den USA derartige Umwälzungen, wie TTIP sie vorsieht, gar nicht nötig sind. Und Hindernisse wie die ungleiche Glasfarbe von Blinklichtern an PKW sind auf einfacherem Weg abzubauen, wenn man denn will.

Stattdessen haben bei TTIP Lobbyisten das Sagen. Sie argumentieren im Interesse ihrer Auftraggeber. Doch wie und wo genau, das bleibt der Öffentlichkeit vorenthalten. Für die Lobbyisten zählt nur das Wachstum von Unternehmen, und alles andere dem Primat der Wirtschaft unterzuordnen.

Wer sich schon intensiver mit TTIP beschäftigt hat, dem bietet das Buch sicherlich nicht viel Neues, sondern eher eine Bestätigung. Doch wer viele Argumente gegen das geplante Abkommen noch einmal verständlich zusammengefasst haben möchte, der ist mit diesem Buch bestens bedient. Denn gefragt sind wir alle im Kampf gegen TTIP. „Es geht um nichts weniger als darum, ein Denken zu verteidigen, das am Gemeinwohl orientiert ist, und es geht um die Freiheiten, die verteidigt werden müssen“, schreibt Kotteder zum Schluss des Buches. Die Freiheit des Handels sollte dabei nicht an erster Stelle stehen. *Heike Langenberg*

AUSSTELLUNG

„Eine Einstellung zur Arbeit“ lautet der Titel eines mehrjährigen Projekts des im vergangenen Jahr verstorbenen Filmemachers Harun Farocki und seiner Frau, der Künstlerin Antje Ehmman. Filmstudierende und Videokünstler/innen konnten sich an Workshops beteiligen. Die Themenvorgabe hieß: „Arbeit“; die zweiminütigen Filme sollten nur aus einer Perspektive heraus entstehen. Die Ergebnisse sind bis zum 6. April im Berliner Haus der Kulturen der Welt (www.hdk.de) zu sehen. Aber auch die Projektwebsite www.eine-einstellung-zur-arbeit.net vermittelt einen guten Eindruck von den entstandenen Werken und Einblicke in die Arbeitswelt auf fünf Kontinenten.

www.eine-einstellung-zur-arbeit.net

PREIS

Noch bis zum 31. Mai können Personalratsmitglieder, Personalräte, Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen, Arbeitsgruppen und dienststellenübergreifende Kooperationen von Personalräten ihre Projekte aus den vergangenen beiden Jahren zum Wettbewerb um den Deutschen Personalräte-Preis anmelden. Er wird verliehen von der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Bund-Verlag Frankfurt/Main. Sie will damit die engagierte Arbeit von Personalräten öffentlich machen. Inhaltlich geht es um die Schaffung guter Arbeitsbedingungen, den Erhalt sozialer Leistungen sowie die Durchsetzung legitimer Ansprüche der Arbeitnehmer/innen. Verliehen wird der Preis am 25. November in Berlin. www.dprp.de

TERMINE

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet am 13. April in Erfurt die Fachtagung „Streikrecht – Tarifeinheit – Gewerkschaftspluralismus“. Sie will damit einen Beitrag leisten zu der kritischen Debatte um den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Tarifeinheit. Mehr dazu: www.rosalux.de/event/52680/ Vertrauenspersonen von Schwerbehinderten und ihre Kolleg/innen aus Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen sind eingeladen zur 4. **Fachtagung SBV** des ver.di-Forums Nord und des ver.di-Bildungswerks. Vom 6. bis 8. Mai geht es in Hamburg um Kernthemen der Schwerbehindertenvertretungen. Mehr dazu: www.betriebsrat.de/tagungen/4-fachkonferenz-fuer-die-sbv.html